

Gefährdung der Ganztagsgrundschulen durch völlig unzureichende Personalausstattung mit ErzieherInnen

Berlin, den 30.5.05

Die Schulleitungen und Ganztagsleitungen von 30 gebundenen Ganztagsgrundschulen aus Berlin sind auf das höchste alarmiert, da vier Wochen vor den Sommerferien bekannt wird, wie die tatsächliche ErzieherInnenausstattung in den Schulen ab dem 1. August 2005 aussehen soll. Die Schulen hatten sich darauf eingestellt, dass die Zusage des Senators für Bildung, Jugend und Sport, Herrn Böger, eingehalten wird, dass es im Zuge der Hortverlagerungen an die Schulen zu keinen Personalverschlechterungen kommen wird. Tatsächlich läuft die geplante Personalausstattung darauf hinaus, dass z.B. trotz der Verdoppelung der SchülerInnenzahl im Ganztagsbereich vorhandenes ErzieherInnenpersonal abgegeben werden muss.

Ebenso gravierend sind die Auswirkungen an den Staatlichen Europaschulen (SESB) und den neuen geplanten offenen Ganztagsbetrieben. Das Konzept der Verzahnung von Schul- und Sozialpädagogik am ganzen Tag und der zweisprachigen Erziehung an den SESB wird durch die beabsichtigte Personalausstattung zerstört.

Die Interessenvertretung der gebundenen Ganztagsgrundschulen fordert vom Berliner Senat die Einhaltung der Zusagen, dass mit der Hortübertragung an die Schulen die vorhandenen Standards in der Jugendhilfe mit übertragen werden.

Das heißt

- **eine Erzieher(in) den ganzen Tag für höchstens 22 Kinder;**
- **Zuschläge für Früh-, Spät- und Ferienbetreuung nach Anzahl der Kinder;**
- **Zuschläge für Kinder nichtdeutscher Herkunft ab dem 1. Kind;**
- **Zuschläge für Kinder aus Gebieten sozialer Benachteiligung ab dem 1. Kind;**
- **Zuschläge für die Integration behinderter Kinder;**
- **Beibehaltung der vorhandenen Leitungsfreistellung.**

Die beabsichtigte Personalzumessung muss den gebundenen Ganztagsgrundschulen und SESB die Möglichkeit geben, ihre anerkannten pädagogischen Konzepte uneingeschränkt umzusetzen.

Aus dem Kreis der Schulleitungen und Ganztagsleitungen wurde bekundet, dass für den Fall, dass diese Umsetzung der pädagogischen Konzepte nicht mehr möglich sein sollte, sie ihren Antrag auf Einrichtung einer Ganztagsgrundschule zurückziehen müssen.

Für Montag, den 06.06.05, Beginn 15.00 Uhr, Ort: Hunsrück-Grundschule, Manteuffelstr. 79, 10999 Berlin-Kreuzberg, lädt die Interessenvertretung die Mitglieder des Schulausschusses des Abgeordnetenhauses und die Fraktionsvorsitzenden der Parteien sowie den zuständigen Senator, Herrn Böger, zu einem Gespräch über die Erfüllung der Forderungen ein.

Zur Verstärkung dieser Forderungen werden die Öffentlichkeit und die Medien informiert. Selbstverständlich werden zu dem o. g. Treffen die Vorsitzenden der Elternvertretungen der betroffenen Schulen eingeladen.

Ansprechpartner: Christel Kottmann-Mentz, Tel. 395 64 14
Mario Dobe, Tel. 0176 244 06 452
Klaus Schroeder, Tel. 0151 14 25 73 00